

AN ALLE PARTEIEN, DIE IM SEPTEMBER 2009 ZUR BUNDESTAGSWAHL  
ANTRETEN

## DEUTSCHLAND IM GLEICHSTELLUNGSVERZUG – HERAUS AUS DER GESCHLECHTERPOLITISCHEN STARRE

Die Bundesregierung wurde Anfang des Jahres von den Vereinten Nationen kritisiert, da sie die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern nicht ausreichend verwirklicht. In ihren abschließenden Bemerkungen vom 10. Februar hält das Komitee zur Beseitigung jeglicher Form der Diskriminierung von Frauen fest, dass die Bundesregierung zum Beispiel nicht genug unternimmt, um die Lohndiskriminierung von Frauen zu beseitigen. Es kritisiert, dass sich die Bundesregierung von der Strategie Gender Mainstreaming abgewandt hat und fordert die Bundesregierung deswegen auf, „effiziente Mechanismen der laufenden Bewertung und Verantwortungsstrukturen im Zusammenhang mit ihrem System des Gender Mainstreaming einzuführen und die Nichteinhaltung dieser Mechanismen zu sanktionieren.“ (Concluding Observations, Committee on the Elimination of Discrimination against Women, 12.02.2009).<sup>1</sup>

Auch von Seiten der EU kommen deutliche Worte: So kritisierte Sozialkommissar Vladimir Spidla jüngst in einem Interview mit der WELT, dass „Deutschland ... weiter zu den Staaten mit der größten Ungleichheit bei der Bezahlung von Frauen und Männern“ gehört.

So bekommt die Bundesregierung die Quittung für ihre gleichstellungspolitische Starre bzw. den Rückbau von wirkungsvoller Gleichstellungspolitik. Das BMFSFJ hat in den letzten Jahren Geschlechterpolitik auf das Ziel der Vereinbarkeit von Beruf und Familie reduziert. In diesem Teilziel wurde zwar einiges bewegt, aber: Krippenplätze und Elterngeld allein machen noch kein gleichstellungspolitisches Programm. Existenz- und alterssichernde Beschäftigung für Männer und Frauen, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit und die Wertschätzung der Care-Arbeit? Als Beitrag zum gesellschaftlichen Wohlstand brauchen ein systematisches und zielorientiertes Vorgehen.

Die Regierung lässt jedoch nicht erkennen, wie der gesetzliche Gleichstellungsauftrag durch ein sinnvolles und fachpolitisch unterfüttertes Gesamtkonzept umgesetzt wird - im Gegenteil: vorhandene Instrumente zur geschlechterpolitischen Folgenabschätzung werden nicht angewandt, geschweige denn ein systematischer Implementierungsprozess von Gender Mainstreaming begonnen.

Die von der Bundesregierung verabschiedeten Konjunkturprogramme sind immer noch geschlechtsblind und wenig innovativ, wenn es um eine ökologische und sozial nachhaltige Konsolidierung der Wirtschaft und die Berücksichtigung der Care-Arbeit geht. Eine geschlechterpolitische Wirkungsanalyse, wie sie im Rahmen von Gender Mainstreaming vorgesehen ist, blieb aus. Dabei ist schon auf den ersten Blick deutlich: Staatsmittel werden für Branchen bereitgestellt, die deutlich einseitige Beschäftigungseffekte für Männer haben. Warum wird die Konjunktur nicht angekurbelt, indem pflegende und erziehende Berufe aufgewertet werden? Oder indem unbezahlte Arbeit in Wert gesetzt wird? Stattdessen werden Erziehende mit einer Kinderprämie von 100 Euro abgespeist – eine weder gleichstellungsfördernde noch strukturell wirksame Maßnahme. Mit der konsequenten Anwendung der Arbeitshilfe Rechtsetzung wäre diese Schiefelage vermeidbar gewesen.

---

<sup>1</sup> Quelle:

<http://daccessdds.un.org/doc/UNDOC/GEN/N09/236/50/PDF/N0923650.pdf?OpenElement>,  
Übersetzung durch die Verfasser/innen.

Was wir brauchen: Eine systematische und zielorientierte Gleichstellungspolitik im Sinne des grundgesetzlichen Auftrags, der Gleichstellung als Querschnittsaufgabe ernst nimmt und auf international anerkannte Strategien zurückgreift. Österreich, das eine ähnlich problematische Gleichstellungsbilanz wie Deutschland aufweist, ist zumindest heute aktiver und setzt Gender Mainstreaming und Gender Budgeting in den Fachressorts um. Die Strategie Gender Budgeting wurde deutlich aufgewertet, indem der Fokus auf Gleichstellungswirkungen in die Finanzverfassung aufgenommen wurde. Jedes Ressort liefert im Rahmen des Budgetvoranschlags Informationen zu den Gleichstellungswirkungen seines Budgets. Auf solche Schritte warten wir hierzulande vergeblich. Anstatt selbst Aktivitäten in Richtung Modernisierung der Haushaltsverfahren mit integrierter Gleichstellungsorientierung zu entfalten, wurde eine Studie zur Machbarkeit von Gender Budgeting beauftragt, die bislang in der Schublade verschwunden ist.

Der Eindruck drängt sich auf, die Bundesregierung habe sich in der Vergangenheit durch eine unqualifizierte Medienberichterstattung einschüchtern lassen. In Unkenntnis oder unter Ausblendung des internationalen und nationalen Fachdiskurses hatten zum Beispiel F.A.Z. und der SPIEGEL deutlich tendenziös und verzerrend über die Strategie Gender Mainstreaming berichtet. Die hier zum Tragen kommenden Argumentationsmuster wurden dankbar von rechten Einheizer/innen (z.B. der FPÖ in Österreich, der Junge Freiheit und teilweise auch der NPD)<sup>2</sup> aufgegriffen. Die NPD dämonisiert heute Gender Mainstreaming als Ideologie, die zum geschlechtslosen Menschen führt. Durch solchen Unfug sollte sich eine Bundesregierung nicht beirren lassen. Unter dem Vorwand, das englische Begriffspaar Gender Mainstreaming sei den Bürgerinnen und Bürgern nicht gut vermittelbar, wurde das Begriffspaar aus dem Wortschatz des Ressorts gestrichen. Dabei stellt sich die Frage, warum die Vermittlung von Fachterminologie gerade im Bereich Gleichstellung eine so große Rolle spielt? Was zählt, sind schließlich die konkreten politischen Ergebnisse, die durch Gender Mainstreaming erreicht werden konnten und könnten: eine gerechte Verteilung von Geld, Arbeit (bezahlter und unbezahlter) und Machtverhältnissen zwischen den Geschlechtern, eine bessere Orientierung an den Lebenslagen von Bürgerinnen und Bürgern in ihrer Vielfalt, eine bessere Abschätzung von Folgen des Regierungshandelns und eine bessere Orientierung der fachlichen Arbeit an den Gleichstellungszielen. Die Strategie, die dies befördert und die in einem internationalen Entstehungszusammenhang steht, wird im Fachdiskurs als Gender Mainstreaming bezeichnet und kann nicht mit „Gleichstellung als Erfolgsstrategie“ übersetzt werden.

Gender Mainstreaming bringt Vorteile für Frauen und Männer in ihrer Vielfalt. Gleichstellung ist Bestandteil einer demokratischen Grundhaltung. Überzeugende Gleichstellungspolitik mit konkreten Ergebnissen für Männer und Frauen ist Teil guter Regierungsführung.

Wir fordern deswegen alle Parteien, die zur Bundestagswahl im September 2009 antreten, auf:

- Nehmen Sie die Gleichstellung von Frauen und Männern in ihrer Vielfalt als demokratischen Auftrag und Zukunftsthema ernst
- Legen Sie ein kohärentes und fachpolitisch durchdachtes Gleichstellungskonzept vor, das sich nicht auf das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf beschränkt, sondern Gleichstellungsziele für die einzelnen Fachressorts formuliert und Umsetzungspläne bereitstellt.

---

<sup>2</sup> Siehe: Rosenkranz, Barbara (2008): MenschInnen. Ares-Verlag; Pressemitteilung der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag vom 13.03.2009; Junge Freiheit vom 12. Januar 2007; Der Spiegel vom 30.12.2006 (René Pfister: „Der neue Mensch“).

- Streben Sie ein Gleichstellungspolitik an, die sich durch die konsequente Umsetzung von Gender Mainstreaming als Querschnittsaufgabe mit Führungsverantwortung auszeichnet
- Wenden Sie die guten bisher erarbeiteten Instrumente zur Umsetzung des Gender Mainstreaming endlich systematisch an, wie zum Beispiel die Arbeitshilfe Rechtsetzung oder die Arbeitshilfe Öffentlichkeitsarbeit – sie tragen zu einer Verbesserung der Qualität des Regierungshandelns bei.
- Bauen Sie die bisher nur teilweise vorhandenen Strukturen zur Unterstützung der Ressorts bei der Umsetzung der Reformaufgabe Gleichstellung aus und planen Sie die entsprechenden personellen und finanziellen Ressourcen ein.
- Lassen Sie sich nicht durch unqualifizierte Stimmen aus den Reihen einiger Medienvertreter und rechte Polemiken gegen Gender Mainstreaming beirren. Gleichstellung ist ein Menschenrecht für dessen Erfüllung jede Bundesregierung Verantwortung trägt – auch aufgrund ihrer internationalen und europäischen Verpflichtungen.
- Lernen Sie von guter Praxis innerhalb und außerhalb Europas: viele Regierungen weltweit haben erkannt, dass eine integrierte Gleichstellungsperspektive neue Chancen für eine gute Regierungsführung und Wirkungsorientierung mit sich bringt und setzen deswegen Gender Mainstreaming und Gender Budgeting um. Wir dürfen ihnen hierin nicht nachstehen.

Berlin, 07.07.2009

- GMEI - Gender Mainstreaming Experts International - [www.gmei.de](http://www.gmei.de)
- Dissens e.V. - [www.dissens.de](http://www.dissens.de)
- Netzwerk Gender Training - [www.gender-netzwerk.de](http://www.gender-netzwerk.de)
- Fachverband GenderDiversity, Fachverband für gender-kompetente Bildung und Beratung e.V., - [www.gender-diversity.de](http://www.gender-diversity.de)

**KONTAKT:**

Dr. Regina Frey

[frey@gender.de](mailto:frey@gender.de)

030-8179 77 77

(für Gender Mainstreaming Experts International)